

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint monatlich. Bezugspreis für Monat Januar 0,10 Mark x Buchhandels-Schlüsselzahl (ohne Bestellgeld). + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,05 Mark x Buchhandels-Schlüsselzahl zur Zeit der Buchung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum heiligen Weihnachtsfeste und zum Jahreswechsel

entbieten wir den Mitgliedern und Freunden unseres Verbandes

Herzlichste Glück- und Segenswünsche!

Es wird scharf hergehen im neuen Jahre! Wir werden es schaffen, wenn wir uns die Treue halten. Und der alte Gott lebt noch!

Redaktion und Vorstandsvorstand.

An alle Verbandsmitglieder!

Kollegen! Nachdem in den letzten Wochen in unseren Valutaverhältnissen eine Besserung eingetreten ist, liegt die Möglichkeit vor, wieder einmal durch unser Verbandsorgan zu Euch zu sprechen. Die Geldentwertung, die nach dem Ratenausschlag im Sommer 1922 stärker einsetzte und seit langem an dem Mark der Arbeitnehmer und deren Verbände zehrte, drohte in den jüngsten Monaten alles zu verschlingen. Wir haben dieses galoppierende Entwertungstempo alle miterlebt und an unserem schnell wachsenden Elend gespürt. Und doch waren viele Kollegen verblüfft, als das Verbandsorgan nicht mehr kam. Sie konnten es nicht begreifen, daß Geldmangel daran schuld sei, da sie ja ihre Beiträge bezahlten. Die Dinge aber lagen so, daß die Beiträge, selbst wenn sie nur weniger Tage zur Zurücklegung des Weges vom Mitgliede zur Hauptkasse bedurften, nichts mehr wert waren, als sie am letzten Ziel ankamen. Zur besseren Illustration dieser Wahrheit seien folgende Cassachen ins Gedächtnis gerufen:

Nach dem Dollarkurs berechnet machten am 31. August d. J. 2.450.000 Papiermark eine Goldmark aus. Am letzten September mußte man bereits 37.853.333 Papiermark für eine Goldmark aufwenden. Am 31. Oktober standen 17.380.950.000 Papiermark und am 20. November 1.000.000.000.000 Papiermark einer Goldmark gleich. Die Papiermark ist also in 81 Tagen (vom 31. August bis 20. November) um 999.997.550.000 Punkte, oder im Durchschnitt um 12.345.648.765 Punkte pro Tag gesunken. Die Entwertung im Monatsdurchschnitt betrug im September 1.180.111 Punkte, im Oktober 559.454.731 Punkte und in den ersten 20 Novembertagen 49.130.977.500 Punkte pro Tag. Im Oktober setzte sich im ganzen Geschäftsleben die Goldrechnung durch, was auf die Verbandsfinanzen doppelt nachteilig wirkte. So kam es, daß die Einnahmen der Hauptkasse, trotz Beamten- und Gehaltsabbau sowie sonstiger Einsparnisse und Einschränkungen, kaum noch ausreichten, um den Markendruck und Markenverfall zu bewerkstelligen. Alle Substanz zu veräußern, um das Verbandsorgan einige Wochen länger erscheinen zu lassen, wäre unklug gewesen. Ein Teil des Verbandsvermögens muß in eine bessere Zeit hinübergerettet werden, damit der Wiederaufbau des Verbandes gesichert erscheint. Aus dem gleichen Grunde und weil die rasende Geldentwertung der Erwerbslosenunterstützung fast jeden Sinn genommen hatte, ist letztere vorübergehend aufgehoben worden.

Hoffentlich gelingt es nach und nach, über die Rentenmark zu einer endgültigen Goldwährung zu kommen. Wohl laßt sich noch große Arbeitslosigkeit auf uns baugewerblichen Arbeitern, aber wir müssen trotzdem alles daran setzen, um unseren Verband wieder stark und mächtig zu machen. Kollegen! Die Lohnverhandlungen in der letzten Zeit, die vielfach durch Einmischen der Schwerverdiener aus der Industrie einen unerträglichen Ausgang nahmen, zeigen, wohin die Arbeiterchaft kommt, wenn sie ihre gewerkschaftlichen Verbände fallen läßt. Ein nicht geringer Teil des Unternehmertums ist in der verflochtenen Kriegs- und Nachkriegszeit wirtschaftlich nicht geschwächt worden, sondern steht, auf seine Macht pochend, kräftiger da als je. Diesen Schwerverdienern ist jede Arbeiterorganisation, jeder Tarifvertrag, jede Schlichtungsinstanz, überhaupt jede soziale Ergründlichkeit, ein Dorn im Auge. Auch das Baugewerbe und seine Arbeiter wollen sie unter ihre Botmäßigkeit zwingen. Dem gilt es derzeit ein Paroli zu bieten und weiterer Verdrängung entgegenzuwirken, durch die Organisation. Was von manchem Kollegen an dem Verbandsorgan gefündigt worden ist durch launselige Beitragszahlung und andere Verschämnisse, muß jetzt da sich in den Geldverhältnissen eine Besserung andeutet, doppelt nachgeholt werden. Kollegen, von Eurer Caskraft, von Eurem Geiste und von Eurem Eifer hängt es ab, ob der Verband schnell wieder auf die Höhe kommt und in den kommenden Stürmen Euer Schutz sein kann oder nicht. Wer Arbeit hat, muß es für seine Ehrenpflicht halten, seinen Beitrag in der Mindesthöhe eines Stundlohnes pünktlich zu zahlen und dafür zu sorgen, daß das Geld möglichst schnell der Kasse zugeführt wird.

Kollegen! Schwere Zeiten liegen bereits hinter uns, schwerere liegen uns vielleicht noch bevor. Wir dürfen trotzdem den Mut

nicht sinken lassen oder uns gar der Verzweiflung hingeben. Einmal leuchten wieder der Freiheit Sterne! Arbeiten wir daher im neuen Jahre in und durch unseren Verband an dem Wohle unserer Familien und unseres Standes! Noch immer gilt das Dichterwort: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Der Hauptvorstand.
I. A.: Jos. Wiedeberg.

Wir glauben an Deutschland!

Seit wir zuletzt von dieser Stelle zu den Mitgliedern sprachen, ist die Not des deutschen Volkes, zumal der deutschen Arbeiterchaft, fast ins Unerträgliche gestiegen. Härter als jemals in diesen fünf Jahren seit dem militärischen Zusammenbruch im November 1918 laßt die erbarmungslos harte Siegerfaust auf dem deutschen Volke, droht ihm die Luft zum Atmen zu nehmen. Wir müssen den Mut haben, unsere Lage zu erkennen, so wie sie ist!

„Das deutsche Volk in allen seinen Teilen muß und soll es wissen, und immer mehr von der Ueberzeugung durchdrungen werden, daß wir mit unseren wirtschaftlichen und finanziellen Kräften tatsächlich am Ende sind, daß vieles, was uns schön und gut und wünschenswert, vielleicht sogar notwendig erscheint, ja, was uns geradezu eine Herzenssache ist, dennoch zurückgestellt werden muß angesichts der verzweifeltsten Lage unserer Finanzen, deren Stand uns mit der Brutalität unüberleglicher Zahlen auf die Alternative hinweist: was ist wichtiger und wertvoller, das nackte Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung anerkannter Bedürfnisse mit dem baldigen völligen Zusammenbruch, mit Hunger und Chaos im Gefolge? ... Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß, wenn nicht Volk und Reich in einen hoffnungslosen Strudel der Verdrückung versinken sollen, jetzt die Stunde der größten Opfern gekommen ist.“ (Reichskanzler Dr. Marx in seiner Antrittsrede im Reichstag.)

Wer ist schuld an unserem Elend? Schuld an unserem Elend ist in erster Linie der verlorene Krieg und die furchtbare französische Gewaltpolitik gegen das unterlegene deutsche Volk. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet vielmehr: hätte das deutsche Volk nach dem Kriege sich angestrengt, sich eng aneinander geschlossen, hätten Arbeitnehmer, Bauern, Unternehmer, kurzum alle Deutschen, sich zu einer deutschen Volksgemeinschaft zusammengeschlossen, die Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege gezogen und gemeinsam die Lasten getragen, dann wären wir niemals so tief in den Sumpf geraten, wie wir heute tatsächlich hineingeraten sind. Das ist nicht zu dieser Volks- und Volksgemeinschaft gekommen ist, daran tragen groß- und kleinkapitalistische Volkswirtschaftler und der berufliche Sozialismus der verschiedenen Schattierungen gleichermaßen die Schuld. Die einen vertreten ihren Selbstheutestandpunkt, die anderen ihr Parteiprogramm. Nein, so kommen wir aus dem Elend nicht heraus.

Wir müssen los von der Illusionspolitik!

Nichts vielleicht ist tragischer an dem deutschen Schicksal als die Tatsache, daß der erblühten Mehrheit des Volkes bis in die gegenwärtigen Tage hinein noch gar nicht recht zum Bewußtsein gekommen ist, wie furchtbar ernst es um uns steht. Von Illusion zu Illusion sind wir getaumelt. Illusionen in der Außen-, Illusionen in der Innenpolitik. Wir müssen endlich los von dieser Illusionspolitik! Diese Forderung erhebt nachdrücklich unser Kollege Stegerwald im „Deutschen“. Er zieht diese Illusionspolitik sich ableiten aus zwei Quellen: Zunächst aus der kosmopolitisch-orientierten internationalen Einstellung des deutschen Sozialismus. Dazu braucht nicht viel mehr gesagt zu werden; die deutsche Sozialdemokratie wagt heute selbst kein Wort mehr angesichts des wirtschaftlichen Trümmerfeldes, vor dem wir gegenwärtig stehen. In den vergangenen fünf Jahren, in denen die Sozialdemokratie die deutsche Politik maßgebend beeinflusste, hat sie das deutsche Volk als Experiment ihrer Ideologie benutzt — und uns herrlichen Zeiten entgegengeführt: den Geist nationaler Selbsterhaltung in Art und Form geschlagen, jede Selbstentwärtung mit- oder gar erst möglich gemacht; sie hat durch die ewigen Auseinandersetzungen im Innern dem allen Regime die tiefste Schuld an unserem gegenwärtigen Elend immer wieder vorgehalten und damit der französischen Weltpropaganda über die Alleinschuld Deutschlands am Kriege wirksam in die Hände gearbeitet. — Beflagene Werte ist noch das zweite: die nichtsozialistische Seite des deutschen Volkes haben das Wesen der französischen Politik gar nicht begriffen und

der eigenen Unzulänglichkeit heraus, staatspolitisch denken zu können. Man weiß mit den Lehren der Geschichte nichts anzufangen; man sieht nicht die Tiefe der anderen, weil man sich selber keine gelehrt hat. ... Es hat gar keinen Zweck, daran zu glauben, Frankreich wolle nur Geld, und darüber zu debattieren, wieviel Deutschland schon bezahlt habe, was es noch schuldig sei und was es zu zahlen veräumt habe. Es gibt für Frankreich gar kein Reparationsproblem. Das Ruhegebiet ist auch mehr als produktives Land — es ist das Herz Deutschlands in Frankreichs Hand, mehr noch — und das ist wichtig — es ist das Bollwerk gegen England. Es ist das Fundament für Frankreichs Weltmacht. Deutschlands Ohnmacht ist Frankreichs Weltmacht! Die Gewalt war noch nie auf die Dauer stetig. Wir brauchen nicht zu verzweifeln!

Große Teile des deutschen Volkes sind so entschlossen hoffnungslos geworden. Keinerlei Ausblick auf eine bessere Zukunft, so hört man immer wieder feststellen. Ist es wirklich so? Nein und nochmals nein! Weder die Lehren der Geschichte, noch das allerdings arg gesunkene Vertrauen auf die eigene Kraft rechtfertigen einen solchen Pessimismus. Wir teilen hier durchaus den Optimismus, dem unser Führer Stegerwald in dem schon erwähnten Aufsatz im „Deutschen“ das Wort redet: „In Frankreich wiederholt sich heute Geschichte von napoleonischen Ausmaßen. Nur ein Unterschied besteht und der ist von wesentlicher Bedeutung für das deutsche Volk: In Napoleons Zeiten war das französische Volk noch frisch und geistig und körperlich wieder regeneriert. Damit hätte Napoleons Wert in tiefsten Grunde die besten geistigen Grundlagen gehabt, wenn er es nicht zuletzt wieder selbst in seinem Gajarentwahnsinn zerstört hätte. Heute ist Frankreich verbraucht, überzivilisiert, bekadent. Mit Recht sagte Jola resigniert vor dreißig Jahren gelegentlich einem Besucher: „Wir Franzosen werden nichts mehr erobern.“ Mit dieser Befabung zog es in den Krieg, erlitt die schwersten Blutverluste — bis ihm über Nacht der deutsche Zusammenbruch den Erfolg brachte, für den es selber nicht konnte, und der darum auch ganz unerwartet kam. Dieser Erfolg wird ihm innerlich, geistig und sittlich keine neuen Kräftequellen erschließen; im Gegenteil: er wird es böllig verbräunen, seine Kräfte verelächern und so innerlich einen Zerfallsprozess bewirken, der seinen Zusammenbruch vorbereitet. Darum wird Frankreichs Welt Herrschaft nicht mehr als Epiloge sein können. Denn sie ist ohne innere Berechtigung; sie ist ihm — ebenso wie die vorübergehende starke Stellung der deutschen Sozialdemokratie — ohne Vorbereitung zugefallen; ein liberalisiertes Volk kann nicht von langer Dauer sein — auch als Siegernation nicht. Das zu erkennen ist für das deutsche Volk von entscheidender Bedeutung. Seine gegenwärtige nationale Schmach und Not hat nur einen Sinn, wenn sie Vorbereitung ist für eine Wende seines Schicksals.“

Durch Einigkeit im Innern zur Freiheit nach außen!

Der Weg für diese Wende ist gezeichnet: Durch Vereinerung der Massen zu Autoritätslosigkeit, zu Staatsverneinung und Kampf aller gegen alle im Innern wurde der Staat auch schwach nach außen und brach zusammen; durch nationalen Wiederaufbau im Innern, durch Erziehung zu staatspolitischem Denken und Handeln, zur Volksgemeinschaftsgestaltung und Schicksalsverbundenheit wird der Reim gelegt für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit nach außen. Er muß heute gelegt werden; er muß und soll geidehen in einem Boden, den wir für ihn bereiten wollen. Das aber heißt: alle nationalen Kräfte sammeln!

Lohnpolitik

Am 9. August wurde von den Tarifvertragsparteien des Baugewerbes das bekannte Abkommen über die Wertbeständigkeit der Bauarbeiterlöhne geschlossen. Es brachte zunächst eine gewisse Besserung, versagte aber zuletzt vollständig. Das kann nicht verwundern, lag aber nicht an dem Abkommen selbst. Dieses war sogar das beste seiner Art, besser jedenfalls als die aus der Industrie bekannt gewordenen. Es ist ja klar: Wenn der Dollarkurs von Tag zu Tag die tollsten Sprünge nach oben macht und die Preise täglich, ja stündlich mitklettert, dann kann ein Lohn nur wertbeständig bleiben, wenn er ebenfalls täglich und stündlich ausbezahlt wird. Eigentlich dann nicht einmal. Ein wirklich wertbeständiger Lohn setzt ein wertbeständiges Zahlungsmittel voraus. Das gab es aber damals noch nicht.

Am 31. Oktober ließ dieses Abkommen ab und am selben Tage fanden zwischen den Vertragsparteien neue Verhandlungen statt. Die Bauarbeiterverbände forderten die Goldlohnrechnung. Dies war um so selbstverständlicher, als inzwischen der Plan zur Schaffung eines wert-

bedingender Lohn feste Gehalt angenommen hatte. Die Unternehmer machten keinen grundsätzlichen Widerstand geltend, vorzuziehen sich aber, eine feste Vereinbarung abzuschließen, solange das neue Zahlungsmittel noch nicht allgemein in den Verkehr gebracht sei. Jedoch gaben sie eine Erklärung ab, worin ihren Unternehmern empfohlen wurde, die Löhne künftig auf der Goldbasis zu vereinbaren. Das war ein durchaus ungenügendes Entgegenkommen, und es war oberdem an Voraussetzungen geknüpft: Anpassung der Arbeitsleistung an die Friedensleistung, Aufhebung der Altdarheit und Erweiterung der Spanne zwischen dem Lohn der gelehrten und ungelehrten Arbeiter auf den Friedensstand.

Inzwischen sind in den meisten Lohngebieten die Löhne auf der Goldbasis festgesetzt worden. Die Ergebnisse der ersten Verhandlungen bewegten sich etwa zwischen 40 und 77 Prozenten für die Facharbeiter. Es braucht nicht betont zu werden, daß eine solche Lohnhöhe durchaus ungenügend ist. In einzelnen Gebieten sind inzwischen Lohnherabsetzungen eingeleitet, in anderen ist es bestrebt zu Anpassungen gekommen. Heute wie früher besteht die Gefahr der Lohnpolitik. In Kassel verweigerten die Unternehmer die Anerkennung des in Frankfurt festgesetzten Lohnes von 1,44 Millionen Mark und legten ihren Arbeitern einen Preis zur Unterjochung vor, worin diese sich mit dem Lohn der vorletzten Woche in Höhe von 56 Millionen einverstanden erklären wollten! In Frankfurt selbst konnte der am 2. Dezember vereinbarte Lohn von 1,16 Millionen infolge des Eingreifens der Industrie nicht gehalten werden, er ist auf 810 Millionen herabgesetzt worden. In Rheinland-Westfalen lehnten die Unternehmer einen Schiedsspruch ab und diktierten von sich aus die Löhne, die für Köln, Koblenz, Siegerland, Nachen usw. 1,45 Millionen, für Düsseldorf, Krefeld, M. Gladbach, Solingen usw. 1,200 Millionen, für das Industriegebiet (Eisburg bis Dortmund) einschl. M. des und bergbauliches Land 0,950 Millionen (alles Maurerlöhne) betragen sollten. Von den Bauarbeiterverbänden ist sofort die Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches beantragt worden. Hier wie auch in anderen Gebieten machen sich aber auch schon Bestrebungen auf Lohnabbau bemerkbar.

Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß bei all diesen Löhnen nicht von Friedensgoldlöhnen die Rede sein kann. In den meisten Lohngebieten sind nicht einmal die Friedensverdienstlöhne erreicht, geschweige denn die Friedensreallohn. Die neuen Goldlöhne werden auf Grund der Dollarkrise errechnet. Aber der Dollar von 1923 ist nicht mehr der Dollar der Vorkriegszeit, was sich darin ausdrückt, daß das Niveau der Weltmarktpreise heute 30 bis 70 Prozent höher liegt als 1914. Auch der deutliche anhaltende Lebenssteigerungsindex weist gegenüber der Vorkriegszeit eine Steigerung um 50 Prozent auf. Aber das ist eine Durchschnittsberechnung, die vor allem durch die niedrigen Rieten (in Gold gerechnet) gedrückt wird. In einzelnen haben wir Warenpreise, die das zwei-, drei-, ja sechs- bis zehnfache der Friedenspreise betragen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß der Friedensreallohn auch deshalb nicht annähernd erreicht wird, weil heute acht Stunden gearbeitet wird, gegen früher neun bis zehn. Allerdings täuscht sich die Arbeitererschaft darüber nicht, daß der volle Friedensreallohn auf absehbare Zeit nicht erreicht werden wird, weil er von der verarmten Wirtschaft nicht getragen werden kann. Um einen gewissen Entschädigungsfaktor, der allerdings bisher schon sehr reichlich vorhanden war, kommt eben auch die Arbeitererschaft nicht herum. Fragt sich nur, wie hoch er sein soll. Das ist die entscheidende Frage, um die jetzt und in der nächsten Zeit der Kampf gehen wird. Welche der Arbeitererschaft, wenn sie dann nicht größere Machtmittel einzusetzen hat, wie in der Gegenwart!

In den letzten Wochen ist, relativ gesehen, eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer eingeleitet, und zwar von einer Seite her, von der man sie kaum noch erwartet hätte. Die Preise sind, Wunder über Wunder, gefallen, teilweise sogar erheblich gefallen! Sie sind allerdings auch so noch viel zu hoch. Wenn keine Inlandszeugnisse heute noch teurer sind als reine Auslandswaren, so zeigt diese Tatsache allein schon, welche ungeheure Höhe unser Preisstand in den letzten Monaten erreicht hatte und überwiegend auch heute noch hat. Aber immerhin, die Preise sind gefallen, und hoffen wir, daß die Bewegung nach unten weiterhin anhält. Das ist so gekommen ist, ist nicht zuletzt das Verdienst der Gewerkschaften, die nicht müde geworden sind, auf die zuständigen Stellen einzuwirken. Die Arbeitererschaft tut gut daran, sich auch weiterhin darauf einzusetzen, daß die dringend notwendige Besserung des Einkommens in der nächsten Zeit wahrheitsgemäß von der Preisseite her viel wirksamer zu erreichen ist, als von der Lohnseite. Das müßte nicht etwa die Bedeutung der Gewerkschaften, sondern heißt sie.

Die gesamten bisherigen Ergebnisse der Goldlohnpolitik berechtigen nicht zu optimistischen Ausblicken, zumal wenn man auf die Zukunft sieht. Das Unternehmertum verhält gegen früher über eine vielfach gesteigerte Macht, und es ist sich dieser Macht sehr wohl bewußt, wie es andererseits die Schwächung der Gewerkschaften durch die Geldentwertung nur zu gut kennt. Die Arbeitererschaft muß darauf die Konsequenzen ziehen. Tut sie es nicht, dann wird sie schon bald ein Erwachen erleben, das fürchterlich ist.

Eine „Errungenschaft“ des Polierbundes

Seit der Tarifbewegung des Dauergewerks im Frühjahr 1922 bestand zwischen dem vier am Reichstagsverträge für das Bergwerk beteiligten Organisationen, dem Reichstags-Tarifkomitee und dem Reichsarbeiterverband die sogenannte Tarifgemeinschaft. Diese bestand zunächst in der abschließenden Vereinbarung der Polier- und Schacht-Tarifverträge nur gemeinsam abzuschließen. Seit dem

Am 22. Dezember 1923 ist der einundfünfzigste und am 29. Dezember 1923 der zweiundfünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

16. Oktober 1922 lag diese Abmachung auch schriftlich vor. Dem § 2 dieser Vereinbarung lautet:

Tarifverträge für die durch die Tarifgemeinschaft vertretenen Arbeitnehmergruppen haben nur Gültigkeit, wenn sie unter Zustimmung der an der Tarifgemeinschaft beteiligten Organisationen zustande gekommen sind.

Sonderabmachungen einer der vorgenannten Organisationen mit den Arbeitgebern haben keine Gültigkeit und werden Organisationen, die Sonderabmachungen treffen, von der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen.

Gelegentlich der letzten Sitzung der Tarifgemeinschaft am 3. August in Hannover, ließen die beiden Vorsitzenden des Polierbundes ihre Genehmigung, mit den Arbeitgebern in Sonderverhandlungen zu treten, schon klar erkennen. Sie versprachen aber, nachdem ihnen eine Beiratsitzung ihrer Organisation klar Richtlinien vorgezeichnet haben werde, die übrigen Organisationsvertreter bis zum 24. August über ihre endgültige Ansicht zu unterrichten. Dieses ihr Versprechen haben die Herrschaften niemals eingelöst, haben aber unterdessen, unter Wort- und Vertragbruch, allein den Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Dieses Verhalten der Bundesleitung nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu beurteilen, wollen wir uns verhegen; die Feststellung der Tatsachen genügt vorläufig.

Was ein paar Worte zu dem abgeschlossenen Vertrage selbst. Wenn der Polierbund seine Ansprüche von Anfang an nicht höher gestellt hätte, wie jetzt beim Vertragsabschluss, dann konnte der Vertrag schon im Mai durch die Tarifgemeinschaft abgeschlossen werden. Die Zusammensetzung der Ergebnisse nach der Verhandlung vom 3. Mai in Dresden zeigt uns, daß z. B. der letzte § 4 damals weit günstiger gefaßt war. Auch der Lohnparagraf gab in seiner damaligen Fassung eine zentrale Sicherheitsgrenze nach unten, indem der Polierzuschlag in der A-Gruppe nicht unter 15 Prozent betragen sollte, wofür nach dem jetzigen Vertrage die ganze Lohnregelung in die Bezirke verlegt ist. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse dieser Verhandlungen. Nach den Verhandlungsergebnissen im Mai erhielt der Polier bei Geburt-, Krankheits- und Todesfällen in der Familie einen Verfallmuntag bezahlt, im neuen Vertrage ist darüber nichts enthalten.

Es stehen sich noch andere Vergleiche zwischen damals und heute anstellen, aber meist mit dem gleichen Ergebnis: Heute Verschlechterung gegen damals. Das Ganze zeigt, daß die Bundesleitung nicht nur gegen die Tarifgemeinschaft, sondern auch gegen die Interessen der eigenen Mitglieder verstoßen hat.

Allgemeine Rundschau

Die „Weisheit“ radikal-sozialistischer Politik

Der „Deutsche“ schreibt: In Arbeitgeberkreisen ist man nicht nur der achtstündigen Arbeitszeit abhold. Auch den mehr oder minder vorhandenen Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen möchte man abschütteln. Ein Hindernis für die erstrebte Handlungsweise ist jedoch die Zentralarbeitsgemeinschaft, deren Grundlage die Anerkennung der achtstündigen Arbeitszeit und des Tarifwesens auf Seiten der Arbeitgeber ist. In völliger Verkennung der Arbeitnehmerinteressen haben nun aber die größten „freien“ Gewerkschaften den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft bekämpft und der gemeinsamen Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — durch den Austritt aus dieser — ein gut Stück Sodens entzogen. Die mit Adhäsionsvertrag und Tarifverträgen unzufriedenen Arbeitgeber haben ein solches Verhalten der „freien“ Gewerkschaften nicht ungenossen gesehen, weil ihnen damit ein Vorwand zum eigenen Rückzuge geboten wurde. Nach ihrer Aussage sind heute die Voraussetzungen, auf denen sich die Arbeitsgemeinschaft aufbaute, nicht mehr gegeben. Sowohl in der Zentralarbeitsgemeinschaft selbst, wie auch an anderen Stellen, wird deshalb die Frage erörtert, ob die Wünsche der Arbeitgeber sachlich gerechtfertigt sind. Nach den Ergebnissen dieser Beratungen wird sich auch das endgültige Schicksal der Zentralarbeitsgemeinschaft entscheiden. Kommt es nicht zu einer Verständigung, so ist das Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft in ihrer heutigen Form und auf der vorhandenen Grundlage zu erwarten. Damit wäre dann das Ueberkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vom November 1918 gegenstandslos. Die Arbeitgeber hätten die gewünschte Handlungsfreiheit wieder erlangt. Um Arbeitszeit und Tarifverträge hätten die Arbeitnehmer wieder, wie vor dem Kriege, harte Kämpfe zu führen. Das alles, das der Uebermut in den „freien“ Gewerkschaften, die um der „Heinerhaltung des Klassenkampfgedankens“ willen, den Unternehmern die Bahn frei machten, um sich der früher im Interesse von Volk und Arbeiterschaft eingegangenen Bindung zu entziehen.“

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Betr.: Beitragshöhe:
Auf Grund unserer Verhandlung soll der Wochenbeitrag für Vollmitglieder mindestens einen Stundenlohn betragen. Diese Bestimmung ist unter allen

Umständen durchzuführen. In neuester Zeit sind uns Mitteilungsblätter zu Gesicht gekommen, die zeigen, daß z. B. in grober Weise gegen diese Bestimmung verstoßen wurde. Um etwaige weitere Verstöße zu verhindern bzw. einzuschreiten, hat der Hauptvorstand beschlossen, daß Marken unter dem Wert von 200 Millionen, die Vollmitglieder im Monat Dezember gestellt haben, ungültig sind. Im neuen Jahre werden Marken unter 25 M., falls sie in Mitgliedsbüchern von Vollmitgliedern gefunden werden, für ungültig erklärt. Vollmitglieder sind solche, für die nicht auf Grund des § 21, Ziffer 1, letzter Absatz, Ausnahmen zulässig sind.

Betr.: Neue Marken im neuen Jahre

Für das Jahr 1924 können neue Marken zur Ausgabe. Die Marken, unterschrieben sich gegenüber den jetzt laufenden durch Ausdruck des Wertes mittels roter Farbe. Der Untergrund der Marken ist grün. Die jetzt im Besitze der Verwaltungsstellen befindlichen Marken haben für das Jahr 1924 keine Gültigkeit. Reichsstände müssen spätestens mit der Abrechnung des vierten Vierteljahres an die Zentralstelle eingeleitet werden und zwar geordnet zu je 100 Stück auf einem Bogen Einzelne Marken müssen in Reihen von 10 auf einem Bogen auf Papier geklebt werden. Dieses ist deshalb notwendig, um eine schnellere Durchführung an der Zentralstelle zu ermöglichen. Für den einzelnen macht diese Arbeit nicht viel aus, dagegen ist es für die Zentralstelle unmöglich, zumal da die Arbeitskräfte erheblich verringert sind, die Nachprüfung der Marken zu bewältigen.

Betr.: Jahresabschlussmarken

Jedes Mitglied, das seine Pflichten erfüllt hat, erhält eine Schlussmarke mit der Aufschrift „Verpflichtungen erfüllt“ ausgehändigt. Die Marken müssen bei der Zentralstelle angefordert werden. Wir ersuchen die Reichsstände dringend, in der Abgabe dieser Marken gewissenhaft zu sein. Soll die Marke ihren Zweck erfüllen, dann dürfen diejenigen, die ihre Pflichten noch nicht erfüllt haben, diese Marken nicht erhalten.

Betr.: Geldsendungen

Nachdem wir nunmehr wieder zu werbeständigem Gelde zurückgekehrt sind, müssen die Geldsendungen wieder durch Postkonten überwiesen werden. Geldsendungen in Briefen sind zu unterlassen, da dieses große Gefahren in sich birgt. Alle Gelder der Hauptkasse sind wöchentlich zu überweisen, damit der Hauptvorstand seinen laufenden Zahlungspflichten nachkommen kann.

Betr.: Abrechnung

Wir bitten die Kassierer dringend, dafür zu sorgen, daß die Abrechnungen für das vierte Vierteljahr spätestens bis 15. Januar bei der Hauptkasse eingehen. Wenn die Kassierer bis spätestens 8. Januar und die Disgruppenkassierer bis spätestens 9. Januar abgerechnet haben, so ist dieses möglich. In ganz besonders schwierig zu verwaltenden und großen Verwaltungsstellen darf der 20. Januar als letzter Termin nicht überschritten werden. Je früher die Abrechnungen gemacht werden, um so leichter ist die Kasienführung im neuen Jahre.

Betr.: Jahrbücher

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat für das Jahr 1924 ein neues Jahrbuch herausgegeben. Der Preis beträgt 50 Pf. und Porto. Bestellungen sind, wegen Postersparnis, direkt an den Gesamtverband, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, zu richten.

Bekanntmachungen

Berlin

Bezirksleitung und Ortsverwaltung haben von jetzt ab den Fernruf: Amt Merkur 3617. Das Büro befindet sich nach wie vor Berlin G 2, Straßauer Str. 53 I.

Hamburg

Nach hier zureisende Kollegen haben sich im Kartellbüro Kaiser-Wilhelmstr. 54 I oder beim Kassierer F. Gau, Bitterothstr. 24 I, anzumelden.

Srier

Das Büro der Verwaltungsstelle ist von Breitenstein 7 nach Brüdennstr. 23, Augustinerhof, Zimmer 18, verlegt worden. Alle Anschriften sind an diese Adresse zu richten.

Sterbetafel

Folgende Verhandlungsmitglieder sind gestorben:

| Name | Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe |
|-------------------|-----------------------------------|
| Johann Schmidt | Köln-Deuf |
| Franz Ribberg | Geseke |
| Ehr. Neumannsamer | Delbe |
| Gotthard Jündorf | Köln-Sechten |
| Heinrich Schmitt | Kemscheid |
| Job. Weder | Essen (Poliere) |
| Eduard Strümpfer | Sladbed. |

Sie mögen ruhen in Frieden!